



FACHKRÄFTE GEWINNEN UND HALTEN

Wer die Besten will, muss tiefer in die Tasche greifen

Ausgebildet und das war's? Erfahrungen gesammelt und dann ab zum LKA oder BKA nach Wiesbaden? Mit diesen Verfahrensweisen verliert die rheinland-pfälzische Polizei den Wettbewerb um die besten Köpfe, mahnt Margarethe Relet, Tariffachfrau der GdP, und fordert zielführende Personalplanung sowie übertarifliche Bezahlung von Spezialisten in der Polizei.

Ein junger, engagierter Mann, ausgebildet bei der Zentralstelle für Polizeitechnik zum Fachinformatiker „Anwendungsentwicklung“ mit berufsbegleitendem Studium zum Wirtschaftsinformatiker mit dem Ziel des Abschlusses Bachelor of Science, mit der Polizeitechnik und der Polizeiorganisation bestens vertraut, wäre gerne nach seiner Ausbildung als Fachkraft bei der ZPT übernommen worden. Leider wurde daraus nichts.

Was ist passiert?

Ganz einfach. Niemand konnte dem jungen Mann die Zusage geben, ihn nach der Ausbildung zu übernehmen. Als Gründe wurden angeführt: fehlende Haushaltsmittel, keine freie Stelle, keine Entscheidungskompetenz usw. Aber die Dienststelle war verpflichtet, ihn darauf hinzuweisen, dass er sich drei Monate vor Ablauf der Ausbildung arbeitslos melden muss. Dies tat er auch und siehe da, die freie Wirtschaft hat schon auf ihn gewartet. Kaum arbeitslos gemeldet, hatte er schon eine Zusage auf ein Arbeitsverhältnis in der Tasche. Toll – man kann ihm gratulieren.

Sieht so Personalplanung aus?

Aber ich frage mich: Was ist das für eine Personalpolitik? Sieht so Personalplanung aus? Hat die Polizei den drohenden Fachkräftemangel, insbesondere im IT-Bereich, noch nicht erkannt oder brauchen wir vielleicht gar keine Fachkräfte? Bilden wir mit viel Engagement der Ausbilder und Ausbilderinnen für die freie Wirtschaft aus, damit diese sich die guten Köpfe abgreift? Die Landesregierung fordert die Wirtschaft auf, aufgrund des demografischen Wandels junge Leute auszubilden und sie nach der Ausbildung zu übernehmen. Das gilt aber anscheinend nicht für das Land

selbst als Arbeitgeber. Nein, richtig gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit der Organisation Polizei identifiziert haben, lässt man einfach ziehen.

Umdenken!

Hier muss unbedingt ein Umdenken erfolgen. Auf Initiative der GdP wurde vor Jahren ein Ausbildungs- und Nachwuchsförderprogramm im Tarifbereich vereinbart, um die steigenden Rentenabgänge zu kompensieren. Jährlich werden 20 Ausbildungsstellen z. B. für die Bereiche Verwaltung, Werkstätten oder IT-Bereich zur Verfügung gestellt. Die jungen Menschen erbringen gute Leistungen und hoffen auf eine Dauerbeschäftigung bei der Polizei. In der Regel dürfte das kein Problem sein, weil die Anzahl der Verrentungen wesentlich höher ist als die Einstellung von Auszubildenden. Aber immer wieder kommt es zu den oben genannten Problemen. Unterschiedliche Vorgaben führen dazu, dass den jungen Menschen keine Zusage auf eine Übernahme erteilt werden kann und bis endlich jemand eine Entscheidung getroffen hat, haben sich die Besten schon nach anderen Arbeitsplätzen umgeschaut. Das stellt den intensiven Aufwand der Ausbildung infrage.

Der Tarifvertrag für Auszubildende (§ 19 TVA-L BBig) sieht unter bestimmten Voraussetzungen eine Übernahme für zwölf Monate und bei Bewährung eine anschließende unbefristete Übernahme vor. Auch die Prüfung einer evtl. Weiterbeschäftigung bei einer anderen Landesbehörde ist vorgesehen. Jedoch müssen die Verantwortlichen aus unserer Sicht früher aus den Pantoffeln kommen und im Rahmen der Personalplanung die Auszubildenden immer im Blick haben. Sonst gibt das nichts mit den dringend erforderlichen Nachwuchskräften.



Die GdP hat sich bereits in den Haushaltsgesprächen mit den Landtagsfraktionen für übertarifliche Bezahlung stark gemacht.

Foto: Relet

Fachkräfte binden!

Und die Auszubildenden sind nur ein kleiner Mosaikstein. Die Bindung von Fachkräften an die Polizei wird durch fehlende Haushaltsmittel, um übertariflich zu bezahlen oder Zulagen zu gewähren, erschwert.

Große Konkurrenz:

Da sind andere Bundesländer, Bundesbehörden oder Kommunen schon weiter. Dort werden insbesondere im IT-Bereich Zulagen gezahlt, die sich deutlich im Portemonnaie bemerkbar machen.

Hier gilt das Motto: „Wer die Besten will – muss tiefer in die Tasche greifen“, und dass die Polizei die Besten braucht, steht außer Frage.

Das gilt im Übrigen auch für Verbeamtungen. Mit A 10 lockt man keinen Master-Informatiker und mit A 13 keinen Arzt mit Zusatzqualifikation Betriebsmedizin. **Margarethe Relet**

Die GdP und die Redaktion DP wünschen allen Leserinnen und Lesern ein gutes Jahr 2016.

Bleiben Sie gesund und angesichts der riesigen Probleme so gelassen wie irgend möglich.



GdP fragt – Fraktionen antworten

Liebe Leserin, lieber Leser,

am 13. März 2016 wählt Rheinland-Pfalz einen neuen Landtag. Auf die üblichen „Wahlprüfsteine“ verzichtet die GdP dieses Mal und stellt stattdessen den aktuellen Landtagsfraktionen konkrete Fragen zu konkreten Themenbereichen.

In dieser Ausgabe (Januar) geht es um Personal, Gesundheit und finanzielle Wertschätzung.

Im Februar folgen ganz konkrete Gesetzesvorhaben, die aus Sicht der GdP überfällig oder wünschenswert sind.

Schließlich geben wir im März noch die Gelegenheit, sich zur Finanz- und Steuerpolitik zu äußern und eine Botschaft an die GdP-Mitglieder zu richten. Wir wünschen aufschlussreiche Lektüre.

Bernd Becker,
Landesredakteur



Thema 1: Ohne Personal ist alles nichts

Wie viel Polizei braucht das Land? Die GdP sieht in der Entschließung des Landtages zur Zukunft der Polizei aus dem Jahr 2003 die Grundlage für die Zielstärke von 9000 VZÄ. Islamistischer Terror, Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten, „Cybercrime“, Bandenkriminalität, rechte Gewalt und die Aufnahme von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisengebieten sind wachsende Herausforderungen für eine Polizei im demografischen Umbruch. Die GdP fordert eine fachliche Neubewertung der Zielstärke unter Berücksichtigung der demografischen Struktur des Personalkörpers und der Aufgabenentwicklung. Nach dem Ergebnis muss sich dann eine kontinuierliche und langfristig ausgelegte Einstellungspolitik ausrichten. Nach GdP-Einschätzung brauchen wir – deutlich über 2016 hinaus – 470 bis 500 Absolventen des BA-Studiums per annum. Sofortige Wirkung kann durch die Einstellung von Tarifbeschäftigten erzielt werden und zwar in einem breiten Spektrum von Aufgaben in den Wachen und Inspektionen bis hin zu Spezialisten in den Bereichen IT- und Wirtschaftskriminalität. **Wie sehen Sie das?**

Antwort der SPD-Fraktion:

Wir teilen Ihre Einschätzung, was die Höhe der Einstellungszahlen anbelangt. Diese lagen mit 475 im Jahr 2015 und 500 für das Jahr 2016 zuletzt auf dem höchsten Stand in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz. Ziel muss und wird es sein, die Einstellungspraxis auf diesem Niveau zu verstetigen, um so eine aufgabengerechte Personalausstattung der rheinland-pfälzischen Polizei sicherzustellen. Zu diesem Zweck werden wir uns außerdem dafür einsetzen, die Polizei durch Einstellung weiterer Spezialisten, etwa im IT-Bereich, sowie der Delegation polizeifremder Aufgaben zu entlasten.


Antwort der CDU-Fraktion:

Obwohl die Polizei derzeit immer mehr Aufgaben übernehmen muss, hat die Landesregierung die Zahl der Vollzeitstellen in den vergangenen Jahren kontinuierlich abgebaut. Auch im Jahr 2016 wird sie weiter sinken. Wir haben schon vor einigen Jahren gefordert, auf Dauer mindestens eine Personalstärke von 9000

Vollzeitäquivalenten sicherzustellen. Deshalb wollen wir in den kommenden Jahren zusätzlich zu den aktuellen Einstellungen weitere 300 neue Stellen schaffen, um der oben genannten Entwicklung entgegenzuwirken. Für eine kurzfristige Entlastung wollen wir weitere Tarifbeschäftigte einstellen und die Polizei weiter von polizeifremden Aufgaben entlasten.

Antwort B 90/Grüne:

Es ist eine staatliche Kernaufgabe, die Ausübung der grundgesetzlich garantierten Rechte und Freiheiten zu gewährleisten und BürgerInnen vor rechtswidrigen Übergriffen zu schützen. Dafür ist eine personell und sachlich gut ausgestattete Polizei unabdingbar. Wir haben darauf reagiert, indem wir Haushaltsmittel bereitgestellt haben, um jährlich 500 neue Polizist/-innen einzustellen. Diese Einstellungspraxis möchten wir auch über das Jahr 2016 hinaus fortführen. Der Einstellung von Tarifbeschäftigten stehen wir aufgeschlossen gegenüber.

 DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp-rp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



Thema 2: Gesunde Polizei – leistungsstarke Polizei

Stichworte Demografie und alter(n)sgerechte Arbeit: 3600 der rund 9200 Polizistinnen und Polizisten sind 48 Jahre alt oder älter. Zwischen 2009 und 2016 wurden und werden über 3000 junge Leute eingestellt. Es wird nach Überzeugung der GdP

LANDTAGSWAHLEN AM 13. MÄRZ 2016

entscheidend für die Funktions- und Leistungsfähigkeit der Polizei sein, ob diese Kolleginnen und Kollegen bis zum Ende ihrer Lebensarbeitszeit gesund bleiben. Verbesserung der Dienstsportmöglichkeiten sowie Ausbau der Sport- und Gesundheitsangebote für alle Beschäftigten sind nötig, vor allem aber eine Verkürzung der Arbeitszeit, beispielsweise durch verbesserte zeitliche Anrechnung von Nacharbeit („Faktorisierung“). Die Einführung der freien Heilfürsorge (mit Vorsorgemaßnahmen) und die Professionalisierung von Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz mit eigenem Personal sind weitere Vorschläge der GdP. **Was sind Ihre Rezepte?**

Antwort der SPD-Fraktion:

Wir setzen uns für ein verbessertes, speziell auf die Bedürfnisse der Polizei zugeschnittenes ganzheitliches Gesundheitsmanagement ein.

Hierfür werden wir die Einführung eines eigenen betriebsärztlichen Dienstes und ein optimiertes Fallmanagement für die Schadensregulierung vorantreiben.

Mittelfristig bleiben wir bei unserem Ziel des Aufbaus eines Instituts für Polizeigesundheit.

Den Wechselschichtdienst möchten wir an aktuellen arbeitsmedizinischen Erkenntnissen ausrichten, insbesondere in Bezug auf die Arbeitszeitregelungen.

Der Forderung nach Einführung der freien Heilfürsorge für alle Poli-

zistinnen und Polizisten stehen wir offen gegenüber.

Antwort der CDU-Fraktion:

Neben dem Personalabbau bei der Polizei hat sich auch in den vergangenen Jahren die Zahl der dienstunfähigen sowie eingeschränkt dienstfähigen Polizeibeamten weiter erhöht. Wir sind der festen Überzeugung, dass dies vor allem auf die ständig ansteigenden Belastungen der Polizei zurückzuführen ist. Denn auch der Krankenstand hat sich in den vergangenen Jahren deutlich erhöht. Wir wollen deshalb ein umfassendes Gesundheitsmanagement für die Polizei und den gesamten öffentlichen Dienst. Nicht nur sportli-

che Angebote müssen ausgebaut werden, sondern auch die Arbeitsabläufe der Polizei gehören insgesamt auf den Prüfstand.

Die Prüfung der Einführung der freien Heilfürsorge für die gesamte Polizei haben wir schon vor zwei Jahren im Landtag gefordert.

Antwort B 90/Grüne:

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wollen wir das betriebliche Gesundheitsmanagement in der Polizei stärken, um den gesundheitlichen und arbeitsmedizinischen Belangen verstärkt Rechnung zu tragen. Daher unterstützen wir einen Ausbau der Gesundheitsangebote.

Die Einführung eines Instituts für Gesundheit halten wir für sinnvoll.

Eine zeitliche Faktorisierung der Nacharbeit ist grundsätzlich zu befürworten, unter der Voraussetzung, dass dies im Landeshaushalt darstellbar ist. Ob eine bestmögliche Versorgung mit der freien Heilfürsorge möglich ist, muss sorgfältig geprüft werden.

Thema 3: Gratifikationskrise auflösen

Die Föderalisierung hat zum Auseinanderdriften der Bezahlung der 16 Länderpolizeien und der Polizeien des Bundes geführt. Rheinland-Pfalz schneidet dabei trotz „zweigeteilter Laufbahn“ schlecht ab. Das Beurteilungs- und Beförderungssystem schafft jedes Jahr mehr Frust statt Motivation. Das Zulagenwesen (Dienst zu ungünstigen Zeiten, Leichenschau, WSD-Zulage pp.) stagniert seit einem Vierteljahrhundert oder bewegt sich in Trippelschrittchen.

Deutliche Anhebung des DUZ, insbesondere für die Nachtstunden, Regelbeförderung nach A 10 und A 11, Beförderung nach A 12/13 nach Funktionsübernahme und Rückkehr zur bundeseinheitlichen Besoldung nach dem Grundsatz „Besoldung folgt Tarif“ sind die GdP-Forderungen. Die Entgelt-Entwicklung für die tariflich Beschäftigten ist von der allgemeinen Einkommensentwicklung seit Jahren abgekoppelt. Das verursacht nicht nur Nachteile für die Beschäftigten. Dringend benötigte Spezialisten (Informatiker, Wirtschaftsfachleute, Ärzte pp.) können wegen der unattraktiven Regelungen im TV-L nicht erfolgreich geworben und an die Polizei gebunden werden. **Was sind in diesem Zusammenhang Ihre Ziele, was werden Sie unternehmen?**

Antwort der SPD-Fraktion:

Rheinland-Pfalz hat sich, übrigens mit den Stimmen sämtlicher Landtagsfraktionen, mit der Regelung der Schuldenbremse dazu verpflichtet, einen Konsolidierungspfad zu beschreiten. In diesem Rahmen werden wir uns dafür starkmachen, dass eine angemessene Bezahlung aller Tarifbeschäftigten, genauso wie der Beamtinnen und Beamten auch, für die Zukunft sichergestellt wird. Dies schließt die Überprüfung der Zulagen auf ihre Anpassungsbedürftigkeit stets mit ein. So haben wir zuletzt erreicht, dass die Höhe des DUZ so angepasst wurde, dass unser Land den Länderver-

gleich nicht zu scheuen braucht. Auch der Beschluss, 2015 zu einer Übernahme der Tarifergebnisse zurückzukehren, trägt unsere Handschrift.

Antwort der CDU-Fraktion:

Seit Jahren hat sich bei der Polizei ein großer Beförderungsstau angehäuft, der bei denjenigen für viel Frust sorgt, die aufgrund ihrer guten Leistungen bereits seit Jahren auf die ihnen zustehende Beförderung warten. Zudem hat Rot-Grün über viele Jahre die Beamten in unserem Land mit der 1% Besoldungserhöhung nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben

lassen. Wir wollen eine Regelbeförderung von A 9 auf A 10 und eine Prüfung der Regelbeförderung von A 10 auf A 11 sowie die Übernahme der Tarifabschlüsse für den öffentlichen Dienst. Zudem wollen wir eine funktionsgerechte Bezahlung und Beförderung.

Antwort B 90/GRÜNE:

Die hohe Belastung der PolizeibeamtInnen muss durch eine amtsangemessene Besoldung honoriert werden. Dies kann durch Zulagen und ein entsprechendes Grundgehalt gewährleistet werden. Eine bundeseinheitliche Besoldung wäre nicht sinnvoll, da die Lebensbedingungen nicht bundesweit einheitlich sind. Die BeamtInnen in Rheinland-Pfalz sind ausschließlich im gehobenen und höheren Dienst beschäftigt. Damit ist das durchschnittliche Besoldungsniveau höher als in anderen Bundesländern.

Wir bedauern die Zusammenlegung der Kommissariate 1 und 2 sowie 4 und 6, durch die viele Beförderungsstellen verloren gegangen sind. Wir setzen uns deshalb für eine Ausweitung der Beförderungsstellen ein. Die Erschwerniszulagenverordnung wurde geändert und sieht eine Anpassung der Erschwerniszulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten vor.



Frau Raue will sich einsetzen



Haushaltsgespräch in der Grünen Fraktion (v. l.): Heinz-Werner Gabler (GdP), Pia Kuschnir (Fraktionsmitarbeiterin), Katarina Raue MdL, Margarethe Relet und Markus Stöhr (beide GdP)
Foto: Bernd Becker

Die außertarifliche Bezahlung von Beschäftigten ist Katharina Raue, Polzeisprecherin der Fraktion von B90/Die Grünen, ein Anliegen, das sie bei der Haushaltsaufstellung für 2016 unterstützen will.

Die GdP-Delegation hat im Haushaltsgespräch eindringlich dafür geworben, da – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet – qualifizierte Fachleute nicht nur in die Wirtschaft abwandern. Es bestehe – so Margarethe Relet – auch eine direkte

Konkurrenz zum hessischen LKA und zum BKA. Relet: „Die Hessen zahlen übertariflich und das BKA ist schon im Tarif wesentlich besser, weil es nach dem TVÖD zahlt“.

Wie in den anderen Fraktionen waren die Einstellungszahlen für Tarifbeschäftigte und Polizistinnen und Polizisten Kernthema der Unterredung. Heinz-Werner Gabler warb dafür, generell die Zahl der zulässigen Vollzeitstellen und die Ausbildungsstellen auf 9000 bzw. 1500 anzuheben. So könne in den kommenden Jahren nach und nach die Einsatzstärke der Polizei den Aufgaben angepasst werden.

Arbeitszeit und Erschwerniszulagen waren ebenso Thema des Gesprächs, wie dringend notwendige Investitionen in Technik und Infrastruktur.

KURZ & KNACKIG

■ **Kennzeichnungspflicht für Polizei Baden-Württemberg kommt nicht**

dpa meldet Ende November zur Kennzeichnungspflicht der BW-Polizei: „Die eigentlich geplante Kennzeichnungspflicht für Polizisten kommt in dieser Legislaturperiode nicht mehr. Damit können die Grünen eines ihrer wichtigsten Projekte zunächst nicht umsetzen. Vor allem die Grünen-Jugend ist sauer und drischt auf den SPD-Innenminister ein.“

Zur Begründung lässt SPD-Innenminister Reinhold Gall verlauten:

„Die Polizei braucht in diesen Zeiten ein Zeichen des Vertrauens, nicht des Misstrauens“.

Mit dieser Auffassung hat er sich offenbar in der grün-roten Landesregierung durchgesetzt.

Zurecht, wie auch wir in Rheinland-Pfalz es empfinden. Der stellv. Landesvorsitzende Helmut Knerr hat sich vor diesem Hintergrund Anfang Dezember an Innenminister Roger Lewentz gewandt. Er will wissen, wie dessen Einschätzung bezüglich der Erfahrungen mit der rheinland-pfälzischen Regelung zur Kennzeichnungspflicht sind.

Knerr: „Wir brauchen keine Kennzeichnungspflicht. Das wird sich herausstellen“.

Gemeinsam: Kommune und Polizei



Die Podiumsteilnehmer hoben die gemeinsame Verantwortung für die Daseinsvorsorge hervor (v. l.): Prof. Stefan Sell (Hochschule Koblenz), Ernst Scharbach (GdP), Moderator Michael Reitzel, Oberbürgermeisterin Dr. Heike Kaster-Meurer, Inspekteur der Polizei, Jürgen Schmitt
Foto: Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hatte zu einer Veranstaltung nach Bad Kreuznach eingeladen, in der das Zusammenspiel von Polizei und Kommunen unter die Lupe genommen werden sollte. Schnell wurde klar, dass der Personalmangel zentrales Problem sowohl in der Polizei als auch in den Kommunen ist. Alle Beteiligten waren sich einig, dass mehr Geld in die innere Sicherheit investiert werden muss.

Man habe beim Thema Sicherheit eine gemeinsame Zuständigkeit, die aber auf beiden Seiten bei der Personalzumesung berücksichtigt werden müsse.

Prof. Stefan Sell warb dafür, die Bürgerinnen und Bürger aktiv mit einzubeziehen – und die Kommunikation der Sicherheitsbehörden, vornehmlich Polizei und Kommunen, zu verbessern. Beide Ansätze verfolgt die GdP mit ihrer Polizeibeiräte-Initiative.



THOMAS EBLING 100 TAGE IM AMT

Die Parkinsel bietet sich an

Nach 100 Tagen im neuen Amt hatte der neue Chef des PP Rheinland-Pfalz, Thomas Ebling, Besuch vom GdP-Bezirksgruppenvorstand. BG-Vorsitzender Udo Fremgen hat die Inhalte in Fragen und Antworten zusammengefasst.

BG: Herr Ebling, 100 Tage im Amt. Fühlen Sie sich im PP Rheinland-Pfalz mittlerweile heimisch?

Thomas Ebling (TE): Rundweg Ja! Ich bin beim PP Rheinland-Pfalz angekommen. Alle sind mir offen und herzlich begegnet und haben mir den Anfang leicht gemacht. Ich konnte mittlerweile alle Dienststellen besuchen und mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort sprechen. Durchweg sind mir positiv denkende Menschen begegnet, die ihre Arbeit lieben und offensichtlich mit Freude Dienst verrichten.

Die Kontakte in die Bevölkerung sind naturgemäß noch übersichtlich. Die kommunalen Spitzenvertreter konnte ich allerdings ebenfalls schon alle besuchen.

BG: Gab es etwas, was Sie in Ihrem neuen Amt besonders beeindruckt hat?

TE: Das Amt selbst war mir aufgrund meiner vorherigen Tätigkeit nicht gänzlich unbekannt. Tatsächlich war ich aber beeindruckt von der insgesamt positiven Grundhaltung der Menschen, die immer wieder, orientiert an unserem Auftrag, die Ärmel hochkrepeln und anpacken, was angepackt werden muss.

BG: Welche Themen stehen auf Ihrer Prioritätenliste ganz oben?

TE: Noch keine. Ich habe hier in der Komfortsituation übernommen, dass alles läuft. Ich darf mir also in Ruhe alles ansehen und dann entscheiden.

BG: Etwas genauer hätten wir es denn doch schon gerne. Sehen wir uns doch beispielhaft die vielen Projekte an, die sich derzeit im Präsidium in der Pilotphase befinden.

TE: Das wurde mir zusammen mit dem Thema Personalbedarf in nahezu jeder Dienststelle vorgetragen. Ich stehe deshalb im Versprechen, dass wir uns auch das gewissenhaft ansehen und dabei insbesondere die aktuelle Personallage berücksichtigen. Mittler-



Die GdP zu Besuch beim neuen Behördenleiter (v. l.): Marcus Reif (Neustadt), Siegmund Schäfer (Vorderpfalz), Udo Fremgen (Bezirksgruppe), Behördenleiter Thomas Ebling, Dirk Wecke und Sven Hummel (Südpfalz)
Foto: PP Rheinland-Pfalz

weile bin ich mit allen Projekten vertraut und habe ehrlich gesagt nichts Überflüssiges gefunden. Im Gegenteil sind eine Menge beispielgebender, toller Ideen dabei. Und dennoch werden wir unter Berücksichtigung der aktuellen Belastung inhaltlich verkürzen, zeitlich strecken, pausieren oder gar aussetzen müssen. Die Erhebung ist abgeschlossen und die Beratung mit den Direktionsleitern ist terminiert.

BG: Personal, eigentlich Personalknappheit, ist ein Thema, das gleichermaßen in aller Munde ist. Wie gewährleisten Sie vor dem Hintergrund steigender Belastung die Einheit der

Kollegen-schaft? Auch im Hinblick auf Dienststellenschließungen.

TE: Da Polizistinnen

und Polizisten nicht im Versandhandel bestellt werden können und die Situation offensichtlich auf lange Zeit angespannt bleiben wird, müssen wir immer wieder über alle Möglichkeiten nachdenken, die sich bieten. Dienststellenschließungen ist politisch eine Absage erteilt. Wir müssen also alle Register ziehen, die uns sonst noch einfallen

BG: In den vergangenen Jahren gab es im PP verschiedene Veranstaltungen,

die dem Miteinander zuträglich waren. Adventsbazar, Hoffest, Faschingstreiben etc. Wie stehen Sie dazu?

TE: Grundsätzlich begrüße ich solche Veranstaltungen, weil sie geeignet sind, das Miteinander zu fördern, was uns allen zugute kommt. Aber auch hier werden wir hinschauen müssen, was personell leistbar ist. Wir hätten es falsch entschieden, wenn Sozialveranstaltungen als Last empfunden werden.

BG: Raumnot und Sanierungsstau prägen das Bild im Präsidialgebäude. Wie positionieren Sie sich zum Neubau und dem Standort Parkinsel?

TE: Die Zersplitterung des „Haupthauses“ auf sieben verschiedenen Standorten ist teuer und in hohem Maße ineffizient. Selbst wenn der komplette Sanierungsstau nach unseren Wünschen morgen komplett umgesetzt werden könnte, wäre das Gebäude immer noch zu klein. Zum Neubau gibt es somit für mich keine sinnvolle Alternative. Ob ein Neubau auch wirtschaftlich vertretbar ist, wird gerade im Finanzministerium geprüft. Ich finde, wir haben gute Argumente.

Der Standort Parkinsel bietet sich einfach an, weil das Gelände bereits in Landeseigentum ist.

BG: Herr Ebling, herzlichen Dank für das Interview. Wir wünschen ihnen weiterhin viel Spaß und Erfolg im neuen Amt.

„Dienststellenschließungen ist politisch eine Absage erteilt. Wir müssen also alle Register ziehen, die uns sonst noch einfallen.“



Telearbeit verabschiedet

Das sind die Themen und Ergebnisse der Dezembersitzung des HPRP:

Prüfung der WSP durch den Rechnungshof

In die AG zur „Internen Organisationsuntersuchung“ der Wasserschutzpolizei hat der HPRP sein Mitglied Gerd Michler entsandt.

Versetzungsgeschehen

Der HPRP hat Fragen des Versetzungsgeschehens mit Vertretern des ISIM erörtert. Neben vielen Einzelheiten, die zu besprechen waren, steht fest: Es wird zwei Versetzungstermine geben. Wegen der Einsatzbelastung im Frühsommer wird es beim Maitermin eine zeitliche Überlappung bei der Bereitschaftspolizei geben. Das Beförderungsgeschehen wird mit der Methode „Abordnung mit dem Ziel der Versetzung“ bei den „alten“ Dienststellen abgearbeitet.

Diensthundewesen

IdP Jürgen Schmitt berichtete über Neuerungen im Diensthundewesen. Das Einsatzmittel Personenspürhunde (PSH) wird beibehalten. Drei PSH werden künftig besser koordiniert, die Diensthundeführer haben eine Bereitschaftsregelung.

Die „Zwangsschenkung“ von Diensthunden entfällt künftig; der Dienstherr übernimmt die Tierarztrechnungen und erhöht die Pauschale von 38,35 auf 50,00 Euro. Die Monatspauschale von 66,47 Euro beim aktiven- und 38,35 Euro beim passiven Hund wird auf einheitlich 75,00 Euro angehoben.

Eine neue Verwaltungsvorschrift wird in Kürze vorgelegt.

Bildarchiv

Die Pressestellen und die Medienzentrale konzipieren ein gemeinsames Bildarchiv auf Landesebene. Für den HPRP soll Bernd Becker mitwirken.

Telearbeit

Was lange währt, wird hoffentlich gut. Unter diesem Motto lag jetzt die

finale Fassung der Dienstvereinbarung über Telearbeit vor.

Der Hauptpersonalrat hat ihr zugestimmt und ist der Überzeugung, dass die Entwicklung das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht hat.

Trennungsgeld und Reisekosten

Der HPRP hat einem Rundschreiben zur Neuregelung von Trennungsgeld und Reisekosten zugestimmt. Es gibt insbesondere Veränderungen für die Studierenden.

In der gleichen Vorschrift wird die Pauschale für die Teilnahme an Leichenöffnungen geregelt. Siehe „kurz & knackig“.

**Ernst Scharbach
Margarethe Relet**

KURZ & KNACKIG

■ „Leichengeld“ wird auf 8,00 Euro aufgerundet

Der HPRP hat einem Rundschreiben zur Gewährung von Reisekosten, Trennungsgeld und einer Pauschvergütung für die Teilnahme an Leichenöffnungen zugestimmt. Letztere wird pfennigfuchserisch von 7,67 Euro auf 8,00 Euro aufgerundet.

Auf Anregung des HPRP wird eine eindeutige Formulierung, die Spurensicherung an Leichen betreffend, aufgenommen.

Interessant und vielleicht überraschend die Anzahl der Zahlfälle: 2013 wurde in 7322 Fällen die Pauschvergütung gezahlt und 2014 bis November 7399-mal.

VERSAMMLUNG WESTERWALD/RHEIN-LAHN

„Zauberhafte“ Heilfürsorge



Ralf Pörtner (links) mit GdP-Jubilaren (v. l.): Gerhard Gerz, Wolfgang Eimers, Klaus Peter Schmidt, Klaus Laube, Horst Maur, Rainer Ortseifen

Foto: Kreisgruppe

GdP-Landesvize Heinz Werner Gabler deprimierte und begeisterte in seinem Beitrag über die Landespolitik gleichermaßen. Am Ende war allen Zuhörerinnen und Zuhörern klar: Der Einsatz der GdP wird dringend gebraucht.

Der Vorsitzende Ralf Pörtner legte in seinem Bericht den Schwerpunkt auf die Themen DUZ und Freie Heilfürsorge.

Künstlerischer Höhepunkt der Veranstaltung war der im wahrsten Sinne des Wortes „zauberhafte“ Auftritt unseres Kollegen Stefan Hannebauer.

Seine eindrucksvolle Zaubershow entführte in die Welt der Magie.

Mit der Ehrung langjähriger Gewerkschaftsmitglieder endete eine Mitgliederversammlung, bei der es wieder gelungen war, einen besonderen Akzent zu setzen. Für 25-jährige Mitgliedschaft wurden geehrt: Sabine Günther, Heike Fischer, Steffi Wagner, Klaus Laube, Mario van Overbeke und Mario Görg. Seit 40 Jahren halten die Mitglieder Gerhard Gerz und Klaus Peter Schmidt ihrer Gewerkschaft die Treue. Wolfgang Eimers, Horst Maur und Rainer Ortseifen können sogar auf eine 50-jährige Mitgliedschaft zurückblicken.



Neuseeland mit Stopover in Singapur „Aotearoa - im Land der langen weißen Wolke“ 04.10. – 21.10.2016

HÖHEPUNKTE:

- + Stopover in der asiatischen Metropole Singapur
- + Auckland – die Stadt der Segel
- + Besuch der Glühwürmchenhöhle in Waitomo
- + Rotorua – das „heiße Herz“ Neuseelands
- + Besuch des Weinguts Waitiri Creek mit Weinprobe
- + Schifffahrt durch den malerischen Milford Sound
- + optionale Verlängerungsmöglichkeit auf Sentosa Island – vor den Toren Singapurs

VORGESEHENE HOTELS:

- | | |
|----------------|-------------------------------|
| Singapur: | Hotel Rendezvous Singapore |
| Auckland: | Copthorne Hotel Auckland City |
| Rotorua: | Sudima Hotel Lake Rotorua |
| Wellington: | Hotel Mercure Wellington |
| Picton: | Yacht Club Hotel Picton |
| Christchurch: | Heartland Hotel Cotswold |
| Fox Gletscher: | Heartland Hotel Fox Gletscher |
| Queenstown: | Copthorne Hotel Queenstown |
| Te Anau: | Distinction Luxmore Hotel |
| Dunedin: | Kingsgate Hotel Dunedin |
| Lake Ohau: | Lake Ohau Lodge |

LEISTUNGEN

Im Preis enthalten:

- internationale Linienflüge ab/bis Frankfurt oder Zürich mit Singapore Airlines in Economy Class
- Flughafen- und Sicherheitsgebühren, Treibstoffzuschläge, Luftverkehrssteuer (588 EUR, Stand Oktober 2015)
- 14 Übernachtungen in den genannten Hotels (oder gleichwertig)
- sofortiger Zimmerbezug in Singapur nach früher am Ankomst am 2. Tag
- 14 x Frühstück in den Hotels
- 4 x Abendessen im Hotel in Auckland, Fox Gletscher, Te Anau und Lake Ohau
- 1 x traditionelles Erdofenessen „Hangi & Concert“ in Rotorua
- Transfers und Fahrten in klimatisierten Reisebussen (Fahrzeuggröße entsprechend der Teilnehmerzahl)
- Alle Ausflüge und Besichtigungen wie im Reiseverlauf beschrieben inkl. der anfallenden Eintrittsgelder
- erfahrene und qualifizierte, deutsch sprechende Reiseleitungen vor Ort
- Gepäcktransport (1 Koffer bis 23 kg)
- 1 Neuseeland Reiseführer pro Buchung
- Informationsmaterial

Nicht im Preis enthalten:

- Reiseversicherungen
- persönliche Ausgaben wie z.B. weitere Mahlzeiten, Trinkgelder, Minibar, Telefonate etc.
- Anreise zum Flughafen



Skyline von Singapur



1. Tag: Frankfurt oder Zürich - Singapur
2. Tag: Singapur
3. Tag: Singapur - Auckland
4. Tag: Auckland
5. Tag: Auckland - Rotorua
6. Tag: Rotorua
7. Tag: Rotorua - Wellington
8. Tag: Wellington - Picton
9. Tag: Picton - via Kaikoura - Christchurch
10. Tag: Christchurch - Fox Gletscher
11. Tag: Fox Gletscher - Queenstown
12. Tag: Queenstown
13. Tag: Queenstown - Te Anau
14. Tag: Te Anau - Dunedin
15. Tag: Dunedin - Lake Ohau
16. Tag: Lake Ohau - Christchurch
17. Tag: Christchurch - Singapur
18. Tag: Rückreise nach Frankfurt/Zürich

Preis pro Person: **5185,- €** bei einer Mindestteilnehmerzahl von 15 Personen.
Ausführliche Reisebeschreibung und weitere Infos siehe unten!

PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

Thomas Cook
Reisebüro

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

Frau Alexandra Grün
Tel.: 06703 - 305 502
Fax: 0711 - 57 99 12

www.psw-reisen.de
agruen@psw-reisen.de



Hecking bleibt Vorsitzender und ehrt Mitglieder



Geehrte und Mitwirkende (v.l.): Direktionsleiter Gregor Gerhard, KG-Vorsitzender Thomas Hecking, Rainer Wölwer, Willi Krämer, Sandra Langenbach, Frank Beib, Thomas Moog, Heinz Werner Gabler, BG-Vorsitzender Gerhard Jung, Bernd Becker Foto: Patrick Marquard

„Ausländer oder Deutscher, reich oder arm, Christ oder Moslem. Das spielt alles keine Rolle, denn für die Polizei gilt als Maßstab: legal oder illegal“ So brachte der alte und neue KG-Vorsitzende Thomas Hecking die Diskussion über das Flüchtlingsproblem auf den Punkt.

Der KG-Vorstand hatte die Flüchtlingssituation als Leitthema der diesjährigen Mitgliederversammlung im Hotel „Westerwaldtreff“ vorgegeben und Bernd Becker gebeten, das Thema aus Sicht der Landes-GdP zu beleuchten. Sein Credo: „Und wenn die Probleme noch so groß sind, international, sozialpolitisch und für die Innere Sicherheit; wir lassen uns unser verfassungsgemäßes Menschenbild nicht nehmen“.

Zuvor hatte GdP-Landesvize Heinz-Werner Gabler die Versammlung über den anstehenden Haushalt und das neue Raumschutzkonzept informiert. „Das ist die letzte Möglichkeit zu reagieren, ohne tiefgreifende Änderungen vorzunehmen“, erklärte er und postulierte: „Vor dem Hintergrund dieser Belastungen muss das Thema 5,00 Euro DUZ noch einmal aufgegriffen werden und wir brauchen - vorrangig für Ältere - Arbeitszeitverkürzungen für Nachtdienstleistende“.

Gerhard Jung – Vorsitzender der Bezirksgruppe Koblenz – gab der Versammlung einen Einblick in die Arbeit auf PP-Ebene.

Ehrungen

Für 25 Jahre Mitgliedschaft in der GdP bedankte sich Hecking bei Sandra

Langenbach, Frank Beib, Anneliese Nuppeney und Thomas Moog. 40 Jahre an Bord ist Rainer Wölwer von der PI Neuwied und für 50 Jahre treue Mitgliedschaft und Engagement in Gremien der GdP wurde Willi Krämer mit Urkunde, Nadel und Geschenk ausgestattet.

Dank an Leo Lück

Ein Präsent erhielt auch Leo Lück, der nach 23 Jahren aus dem Amt des Kassierers ausschied. Der frühere KG-Vorsitzende Bernd Becker verband seinen Dank mit der Hoffnung, dass der Kollege Lück der GdP in der Seniorenarbeit erhalten bleibt. Als Nachfolger Lücks bestimmte die Versammlung den vormaligen stellvertretenden Kassierer Christian Lingemann, der künftig von Andreas Mintkewitz vertreten wird.

ALLES GUTE IM RUHESTAND

Manfred Jochum
KG PP Westpfalz
Egon Bauer
KG PD Kaiserslautern
Rudolf Bruck
KG PD Kaiserslautern
Petra Laux KG WSP
Hans-Hermann Wagner
KG Westerwald/Rhein-Lahn
Burghard Henn
KG Westerwald/Rhein-Lahn

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Michael Enders
KG PD Worms
Walter Farnschläder
KG PP/PD Koblenz

75 Jahre

Berthold Schäfer
KG Neuwied/Altenkirchen

80 Jahre

Manfred Wiedemann und
Walter Lonz
KG PP/PD Koblenz

SENIORENTERMINE

BG TRIER

Am Dienstag, den 12. 1. 2016 findet im Gasthof „Am Leinenhof“ in Schweich um 15.00 Uhr die Seniorenkonferenz der GdP-BG Trier statt. Es sind Vorstandswahlen. Alle Senioren sind herzlich eingeladen.

BG WESTPFALZ

Das nächste Seniorentreffen ist am Donnerstag, den 21. 1. 2016, 15.00 Uhr, in Kaiserslautern, Gaststätte „Licht-Luft“, Entersweiler Str. 51.

